



JA zur UNO



**Neue Weltordnung
und die Reform-
politik der UNO**



**Globale Wirtschaft:
Die UNO-Regeln
einbeziehen**



**Joseph Deiss über
den nötigen UNO-
Beitritt der Schweiz**



**Weltgemeinschaft
im Dienste
der Menschheit**

FOTOS: KEYSTONE/DB/AP



Urs Rellstab

Im Dezember kann Kofi Annan als Generalsekretär der Vereinten Nationen den Friedensnobelpreis entgegennehmen. Das ist ein grosser Erfolg – nicht nur für Annan, sondern für die UNO insgesamt. Die Weltorganisation hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt und spielt eine wichtige Rolle für den Frieden und die Stabilität auf dieser Welt. Heute sind ausser der Schweiz und dem Vatikan alle Länder Mitglieder der UNO, auch alle neutralen Länder.

Aus Sicht der Schweizer Wirtschaft ist der Beitritt zur UNO überfällig. Die Ziele der UNO sind auch die Ziele der schweizerischen Aussenpolitik. Unser Land ist wie kaum ein anderes wirtschaftlich mit der Welt verflochten. Wir sind auf stabile Rahmenbedingungen angewiesen – und zwar weltweit. Der Vollbeitritt stärkt unser aussenpolitisches Netzwerk und ermöglicht uns, Einfluss auf die Traktandenliste der UNO zu nehmen. Im Gegensatz zum EU-Beitritt geht der UNO-Beitritt nicht mit einem Verlust an Souveränität einher. Wir bleiben unabhängig. Wir bleiben neutral.

Das vorliegende Heft fasst die Argumente zusammen, die aus Sicht der Spitzenverbände der Wirtschaft für den UNO-Beitritt sprechen. Es gibt heute keine vernünftigen Gründe mehr, dass die Schweiz abseits stehen sollte. Aber es spricht vieles dafür, dass wir unsere Interessen auf internationaler Ebene effizient vertreten und unsere Stärken mit Selbstbewusstsein einbringen.

„ Im Gegensatz zum EU-Beitritt geht der UNO-Beitritt nicht mit einem Verlust an Souveränität einher. Wir bleiben unabhängig. Wir bleiben neutral. „

INTERNATIONALE BÜHNE

VERÄNDERTE RAHMENBEDINGUNGEN

Globalisierung und das Ende des Kalten Krieges haben die internationalen Beziehungen vor neue Herausforderungen gestellt. Die Rolle der UNO gewinnt seither an Bedeutung.

SEITE 4/5



NEUTRALE SCHWEIZ

BEDENKENLOSER BEITRITT

Die Schweiz stimmt im März 2002 zum zweiten Mal über den Beitritt zur UNO ab. Seit 1986 hat sich das Verhältnis zu den Vereinten Nationen normalisiert. Der Neutralitätsvorbehalt begründet heute ein Abseitsstehen nicht mehr.

SEITE 6/7



INTERVIEW

MIT BUNDESRAT JOSEPH DEISS

Für Bundesrat Deiss ist der UNO-Beitritt unverzichtbar. Die Mitgliedschaft in der Weltgemeinschaft ist eine wichtige Voraussetzung für die optimale Interessenvertretung der Schweiz in der Welt.

SEITE 8/9

WIRTSCHAFT

GLOBAL VERANTWORTUNG TRAGEN

Die UNO befasst sich auf vielfältige Weise mit wirtschaftlichen Fragen. Das von Kofi Annan 1999 in Davos lancierte Projekt des «Global Compact» ist ein Beispiel. Auch Schweizer Firmen haben sich bereits verpflichtet.

SEITE 10/11

GRUNDWERTE

NACHHALTIGE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Soziale und humanitäre Fragen sind seit der Gründung der UNO ein wichtiges Aufgabenfeld. Die Weltorganisation wirkt hier koordinierend, setzt aber auch internationale Standards. Die Schweiz leistet in vielen Bereichen heute schon aktive Unterstützung.

SEITE 12/13

ARGUMENTE

FÜR EINEN BEITRITT ZUR UNO

Der UNO-Beitritt der Schweiz ist überfällig. Zwölf stichhaltige Gründe sagen warum.

SEITE 14/15

UNO-BEITRITT

ZWEI STARKE JA-KOMITEES

Zwei überparteiliche Komitees sind für den Beitritt der Schweiz zur UNO. Die Zeit für die volle Mitgliedschaft ist reif. Die Schweiz bleibt souverän und hat endlich volles Mitspracherecht.

SEITE 16



Welt im Wandel – UNO

Das Ende des Kalten Krieges und die zunehmende Globalisierung haben die internationalen Beziehungen seit den 1990er-Jahren einem fundamentalen Wandel unterworfen. Verändert haben sich sowohl das Spektrum und die Qualität der Risiken als auch die Formen der Problemlösung. Die UNO hat im Zuge dieser Entwicklung markant an Bedeutung gewonnen und ist heute das wichtigste Organ globaler Ordnungspolitik.

DANIEL MÖCKLI

Seit dem Fall der Berliner Mauer 1989 und der Auflösung der Sowjetunion hat sich vieles verändert in der Weltpolitik. Nicht mehr herkömmliche militärische Bedrohungsfaktoren stehen heute im Vordergrund, sondern eine Vielzahl von oft wenig sichtbaren Risiken. Innerstaatliche Konflikte, Terrorismus, organisierte Kriminalität, die Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln, das stetig wachsende Wohlstandsgefälle sowie natur- und zivilisationsbedingte Katastrophen sind die Herausforderungen der Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert.

Diese Risiken sind sehr komplex und häufig miteinander verflochten. Sie ma-

chen vor Staatsgrenzen keinen Halt und sind im Zuge der Globalisierung und der damit einhergehenden abnehmenden Bedeutung des geographischen Raums zu globalen Gefahren geworden. Die rasant voranschreitende weltweite Vernetzung in wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereichen hat die Verwundbarkeit der modernen Gesellschaft stark erhöht. Die ungeheuerlichen terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 haben drastisch vor Augen geführt, wie unwägbar heutige Bedrohungen sind.

Viele Staaten haben erkannt, dass die neuen Gefahren im Alleingang nicht mehr zu bewältigen sind. Nach dem Ende des Kalten Krieges ist deshalb die Bereitschaft

zu zwischenstaatlicher Zusammenarbeit stark gewachsen. Kooperative Sicherheitsstrukturen wurden ausgebaut, internationale Organisationen den veränderten Gegebenheiten angepasst. Gleichzeitig haben sich aber im Zuge der Globalisierung die Gestaltungsmöglichkeiten von Staaten verändert; mit Nichtregierungsorganisationen (NGO) und multinationalen Unternehmen sind zusätzliche Akteure auf die weltpolitische Bühne getreten. Globale Ordnungspolitik (global governance) als zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist heute als Querschnittsaufgabe zu verstehen, die nur von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft gemeinsam zu bewältigen ist.

Einfluss der UNO wächst

Welche Bedeutung kommt der UNO in diesem gewandelten weltpolitischen Umfeld zu? Bemerkenswert ist, wie die bereits 1945 gegründeten Vereinten Nationen in den letzten Jahren an internationaler Akzeptanz und Glaubwürdigkeit gewonnen haben. Dies hat verschiedene Gründe.

Zunächst ist die UNO die einzige weltumspannende Organisation, die sich mit Fragen von Sicherheit und Frieden beschäftigt. Die Mitgliedschaft aller Länder der Welt verleiht ihrem Handeln hohe Legitimität und macht sie zum geeigneten Forum, nachhaltige Lösungen für globale Herausforderungen zu suchen. Zu besonders drängenden Problemen wie Armut, Hunger oder Aids veranstaltet sie eigentliche «Weltkonferenzen», welche die gesamte Staatenwelt auf konkrete Aktionsprogramme zu verpflichten suchen. Zweitens verfolgt die UNO seit jeher einen ausgesprochen breiten Ansatz der Friedensförderung, der dem weiten Spektrum von machtpolitischen und nicht machtpolitischen Risiken Rechnung zu tragen vermag. Das weit verzweigte UNO-System (siehe Kasten) umfasst eine Vielfalt von Instrumenten und Aktivitäten, die neben der Konfliktprävention im engeren Sinne vor allem auch auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen sowie die Durchsetzung der Menschenrechte zielen (vgl. Seite 12).

Auch hat die Weltorganisation nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wesent-



FOTO: PRISMA

Weltumspannende Risiken und Gefahren können nur mit Hilfe der UNO gelöst werden.

im Wandel

Der Friedensnobelpreis an die Uno und Kofi Annan

Mt. Stockholm, 12. Oktober

Der Friedensnobelpreis wird in diesem Jahr an die Vereinten Nationen und deren Generalsekretär Kofi Annan verliehen. Mit der Entscheidung will das norwegische Nobelkomitee die Arbeit der Uno für eine besser organisierte und friedlichere Welt auszeichnen. Laut dem Gremium spielt die Uno heute eine zentrale Rolle bei den Bemühungen um Frieden und Sicherheit sowie bei der Begegnung der ökonomischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Welt. Annan hat nach Ansicht des Nobelkomitees viel zur Erneuerung der Uno beigetragen.

Berichte Seite 3, Porträts Seite 7

Vor Weichenstellungen

Unter Generalsekretär Kofi Annan durchläuft die UNO einen starken Reformkurs. Davon liessen sich die Bundesräte Leuenberger und Schmid überzeugen.



FOTO: KEYSTONE

lich an Handlungsfähigkeit gewonnen. Vetos, die Entscheidungen des Sicherheitsrates blockierten, sind stark zurückgegangen. Eine Vielzahl von friedenserhaltenden Operationen sowie Sanktionsmassnahmen gegen Friedensbrecher wurde seither ermöglicht. Wichtig ist zudem, dass sich die Vereinten Nationen seit dem Amtsantritt von Generalsekretär Kofi Annan 1997 selber zu reformieren begonnen haben. So wurden die Arbeitsmethoden modernisiert, das Sekretariat gestrafft, der Personalbestand um 25 Prozent reduziert und die administrativen Kosten plafoniert, was die Effizienz steigern liess. Inhaltlich wurden klare Schwerpunkte definiert und die Koordination der verschiedenen Programme verbessert. Mit dem Brahimi-Report vom August 2000 soll nun zudem die Verbesserung des Instrumentariums für friedenserhaltende Missionen an die Hand genommen werden.

Wandel durch Kooperation

Entscheidend für das gesteigerte Renommee der UNO und wegweisend für ihre künftige Rolle dürfte aber der Entscheid Annans sein, die Weltorganisation auch gegenüber nicht-staatlichen Akteuren zu öffnen. Die intensivierte Zusammenarbeit mit NGO und der 1999 am WEF in Davos lancierte Global Compact mit der Wirtschaft sind Ausdruck eines neuen Selbstverständnisses der UNO, wonach weltweite Friedensförderung heute nur in gemeinsamer Verantwortung zu bewerkstelligen ist. Den Vereinten Nationen ist es mit diesem Schritt gelungen, viele Skeptiker – nicht zuletzt aus Wirtschaftskreisen – von ihrem Veränderungs- und Erneuerungswillen zu überzeugen (vgl. Seite 10).

Natürlich ist die UNO auch heute alles andere als eine perfekte Organisation. So ist ihre Leistungsfähigkeit nach wie vor unmittelbar vom Willen ihrer Mitgliedstaaten abhängig. Vor allem Grossmächte wie die USA ziehen es denn auch immer wieder vor, unilateral oder zumindest ausserhalb des UNO-Rahmens nach Lösungsansätzen zu suchen. Auch tut sich die UNO offenkundig schwer, die Funktionsweise und Zusammensetzung des Sicherheitsrates den heutigen Machtverhältnissen anzupassen.

Ein schwer zu überwindendes Spannungsverhältnis herrscht zudem zwischen den in der Charta verbürgten Prinzipien der Souveränität und Nichteinmischung in innerstaatliche Angelegenheiten einerseits und der oftmaligen Notwendigkeit humanitärer Interventionen andererseits. Und schliesslich haben die tragischen Ereignisse in Somalia, Ruanda oder etwa Bosnien gezeigt, dass die UNO die von ihren Gründervätern formulierte Vorgabe, «künftige Geschlechter vor der Geissel

des Krieges zu bewahren», oft nicht umzusetzen vermag. Entsprechend ist es ihr auch nicht gelungen, eine neue Weltordnung zu gestalten, wie dies viele noch zu Beginn der 1990er-Jahre erhofft hatten.

Die Welt zusammenhalten

Trotz dieser Schwächen bleibt festzuhalten, dass die Vereinten Nationen realistisch gesehen das bestmögliche Forum darstellen, die erforderlichen Strukturen globaler Zusammenarbeit auf- und auszubauen. Sei es als Plattform zur Erarbeitung gemeinsamer Problemlösungsstrategien, sei es als internationales Rechtssetzungsorgan oder sei es als operationelle Organisation im Dienste des Friedens: Die UNO leistet heute Wesentliches, damit die Welt auch unter veränderten Rahmenbedingungen nicht aus den Fugen gerät. Mit der Verleihung des Friedensnobelpreises 2001 an die Vereinten Nationen und deren Generalsekretär sind diese Bemühungen gebührend honoriert worden. 

Das System der Vereinten Nationen

Kern-UNO	Hauptorgane:	Sicherheitsrat, Generalversammlung, Wirtschafts- und Sozialrat, Treuhandrat, Sekretariat, Internationaler Gerichtshof
	Fonds, Programme, Institute:	u.a. UNAIDS, UNHCR, UNICEF, UNCTAD
	Spezialorganisationen:	u.a. FAO, ILO, UNESCO, WHO, UNIDO
	Bretton-Woods-Institutionen:	Weltbank, Währungsfonds

Für den UNO-Beitritt

Die Schweiz soll – im zweiten Anlauf – Vollmitglied der Vereinten Nationen werden. Seit dem Urnengang vor 15 Jahren hat sich eine breite Befürworterfront gebildet.

BRUNO SCHLÄPPI

Seit 1986, als noch der Kalte Krieg zwischen den Machtpolen Sowjetunion und USA die UNO in ihrer Friedens- und Sanktionspolitik blockierte und das politische Selbstverständnis des neutralen Kleinstaates einem Beitritt mit breiter Skepsis be-

Genf als UNO-Standort

Die Schweiz nimmt keinen Einsitz im so genannten Gaststaatenkomitee der UNO, das über wichtige praktische Fragen zu den Sitzstädten der Organisation entscheidet. Wir haben damit ungenügenden Einfluss, über das Schicksal Genfs als UNO-Sitz mitzubestimmen.

Dabei ist die UNO im Raum Genf ein entscheidender Wirtschaftsfaktor: Rund ein Achtel der Bevölkerung ist direkt oder indirekt vom Kapitalfluss abhängig, der durch UNO-Aktivitäten ausgelöst wird.



FOTO: RDB/KEYSTONE

Das Statistische Amt des Kantons Genf schätzt das volkswirtschaftlich generierte Volumen auf 2,5 bis 3,0 Mrd. Franken jährlich. Jeder zehnte Arbeitsplatz hängt von der UNO-Präsenz ab. Auf der Lieferantenrangliste der UNO gehört die Schweiz derzeit zu den Top Ten. Die direkten Aufträge der UNO an Schweizer Unternehmen werden gegenwärtig pro Jahr auf ca. 180 Mio. Franken geschätzt. Über die Hälfte der jährlichen schweizerischen Impfstoffproduktion wird zudem von WHO und UNO aufgekauft. Die Schweizer Chemiebranche profitiert davon in überproportionalem Ausmass.

gegnete, hat sich unser Verhältnis zur UNO normalisiert.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und der Etablierung neuer politischer Kräfte wurde die UNO zum einzigen globalen System, mit dessen Hilfe internationale Krisen und Probleme bewältigt werden können. Die Ziele und Interessen der Weltgemeinschaft – Sicherheit, Frieden, Umwelt-, Menschenrechts- und Wirtschaftsfragen sowie Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe – decken sich heute mit den Zielen der schweizerischen Aussenpolitik.

Zwar wird wie schon 1986 behauptet, die integrale Neutralität unseres Staates verbiete einen Vollbeitritt. Wider besseres Wissen wird unterstellt, der UNO-Sicherheitsrat könne die Schweiz zu neutralitätswidrigen militärischen Zwangsmassnahmen verpflichten. Deshalb seien auch die Wirtschaftssanktionen strikte abzulehnen. Dem ist jedoch zu widersprechen.

Neutralität und Mitgliedschaft

Die Weltgemeinschaft ergreift über die Organe der UNO Massnahmen gegen Staaten und Akteure, die die internationale Ordnung brechen. Wenn die UNO handelt, handelt also die Welt gegen einen Rechtsbrecher. Die Schweiz ist wie alle UNO-Mitgliedstaaten Teil dieser Ordnung. Wird der Friede, wo auch immer in der Welt, bedroht und die Sicherheit gefährdet, kann die UNO militärische Massnahmen ergreifen oder Wirtschaftssanktionen verhängen. In der Regel tut sie dies mit Einwilligung der betroffenen Staaten. Bei militärischen UNO-Operationen sind die Mitgliedstaaten keinesfalls verpflichtet, Truppen zur Verfügung zu stellen. Dazu braucht es den Abschluss von Sonderabkommen. Die Ablehnung von Wirtschaftssanktionen hingegen bedeutet, sich auf die Seite des Aggressors zu stellen. Die Schweiz trägt seit über zehn Jahren alle wirtschaftlichen Sanktionen der UNO mit. Niemand hat uns dafür bis heute Neutralitätsbruch vorgeworfen.

Neue Bedrohungsformen (vgl. Seite 4) und die Zunahme überregionaler Konflikte, von Bürgerkriegen bis zum Völkermord, haben mit dem klassischen Krieg und dem Neutralen, der «sich nicht in fremde Händel mischt», nichts zu tun. Das



Der UNO-Beitritt basiert auf einer bewährten Partnerschaft.

traditionelle Neutralitätsrecht hat keine Antwort auf die neuen Kriegs- und Aggressionsformen. Gegenüber einer Staatengemeinschaft, in der überwiegend das gültige Völkerrecht kodifiziert wird, gibt es keine Neutralitätsvorbehalte. Eine Neutralität zwischen der Völkergemeinschaft und Staaten oder kriminellen Herrschern, die Verbrechen an der Menschlichkeit und Völkermord begehen, Bürgerkriege anzetteln oder ethnische Minderheiten vertreiben, gibt es laut Daniel Thürer (Völkerrechtler) nicht. Moralisch lässt sich Neutralität hier nicht rechtfertigen, so der Staatsrechtsprofessor und frühere Ständerat René Rhinow.

Veränderte Neutralitätspolitik

Der Bundesrat bekennt sich seit 1993 in der Aussenpolitik zu dem im Völkerrecht verankerten Prinzip der Friedenswahrung; die Schweiz trägt demzufolge als neutraler Staat die von der UNO verhängten Wirtschaftssanktionen mit.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, zur Zeit der Aussenminister Petitpierre und Wahlen, war die integrale Neutralität aussenpolitische Maxime. Diese hätte mit dem von der UNO verfolgten Prinzip der kollektiven Sicherheit nur schwer in Einklang gebracht werden können. Doch bereits in den 60er-Jahren musste die Schweiz die

ist es höchste Zeit



FOTO: BLUE PLANET

gegen Rhodesien verhängten Wirtschaftssanktionen mittragen. Der Sicherheitsrat rief damals alle Staaten, also auch die Nichtmitglieder auf, an den Sanktionen teilzunehmen. Auch dem Ausfuhr embargo für strategische, kriegswichtige Güter, das nach 1950 die USA und die westlichen Länder gegen die Staaten des Warschauer Paktes verhängten, konnte die Schweiz nicht ausweichen. Im Kalten Krieg musste der Bundesrat die Neutralitätspolitik der Schweiz anpassen.

Auch nach dem Beitritt der Schweiz zur UNO haben Bundesrat und Bundesversammlung für die Wahrung der Neutralität Sorge zu tragen. Der Bundesrat bekundet in seinem Beitritts gesuch an die UNO deshalb ausdrücklich die Neutralität des Landes und die Vereinbarkeit von Mitgliedschaft und Neutralität.

Gute Dienste ausgedient

Die humanitäre Tradition unseres Landes verpflichtet uns zur aktiven Friedenspolitik. Das verbindet unsere Aussenpolitik mit der UNO. Beiden gemein ist die Vermittlung von Frieden und die Eindämmung von Konflikten, hierzulande unter dem Begriff der «Guten Dienste» bekannt. Seit dem Koreakrieg (1950) unterstützt die Schweiz friedenserhaltende Missionen der UNO mit

Militärbeobachtern oder militärischem Hilfspersonal – gegenwärtig im Kosovo, früher im Libanon oder mit den «Gelbmützen» in Bosnien. Der grösste Einsatz fand 1989/90 in Namibia statt. Damals stellte die Schweiz der UNO-Friedenstruppe eine Sanitätseinheit von rund 150 Schweizerinnen und Schweizern zur Seite.

Heute ist die Schweiz ohne Vermittlungsmandate. Nur 1996, als die Schweiz mit Flavio Cotti die OSZE präsidierte, konnte die Vermittlungstätigkeit nach Jahren der Stagnation kurzfristig aktiviert werden – so im Kaukasus, in der Ukraine und in Ostslawonien.

Blauhelme für die UNO? Entscheidet allein die Schweiz!

Entgegen allen Behauptungen zwingt die UNO-Charta keinen Mitgliedstaat, Soldaten für vom Sicherheitsrat beschlossene militärische Einsätze zu stellen. Dies geschieht nach Art. 43 UNO-Charta nur auf Basis von Sonderabkommen. Diese sehen klar vor, dass dies nur «nach Massgabe des innerstaatlichen Rechts» geschehen kann.

Im Klartext: Der Bundesrat würde kein solches Sonderabkommen abschliessen. Als souveräner und neutraler Staat und mit Verweis auf die Revision des Militär-

Trotz gegenteiliger Behauptungen ist die neutrale Schweiz als Vermittler nicht mehr so gefragt wie zu Zeiten des Kalten Krieges. Die Vermittlungstätigkeit spielt sich im Schoss der UNO ab, meistens auf Initiative des Generalsekretärs und seiner engsten Mitarbeiter. Statistisch stehen Mandate der EU-Länder und von den USA an der Spitze. Die Schweiz ist als Aussenseiter benachteiligt und kommt deshalb selten zum Zug.

Aktiv – aber ohne Stimmrecht

Die Schweiz steht mit ihrem Beobachterstatus, gleichzeitig aber als voll zahlendes und voll mitarbeitendes Glied in den Unterorganisationen im Abseits. In der Vollversammlung haben wir kein, im Wirtschafts- und Sozialrat ein bloss beschränktes Mitspracherecht. Und obwohl unser Land wegweisende Arbeit auf dem Gebiet des Völkerrechts leistet, zuletzt für das Römer Statut des Internationalen Gerichtshofes, haben wir keinen Vertreter in der sechsten Kommission, die über die Kodifizierung des Völkerrechts wichtige Vorentscheide trifft.

Die Schweiz ist ohne Einfluss in den entscheidenden UNO-Gremien, in denen die Weichen für die grossen globalen Herausforderungen gestellt werden. Von den UNO-Abkommen – diese reichen von Abrüstungsvereinbarungen über den Schutz der Umwelt bis zu den Menschenrechten – hat unser Land die meisten unterzeichnet und ratifiziert. Wir tragen die von der Weltgemeinschaft beschlossenen Normen zum friedlichen Zusammenleben der Völker voll mit. Ohne unsere Neutralität zu verletzen. Aber ohne Stimmrecht! 

gesetzes (entsprechend dem Abstimmungsresultat vom 10. Juni 2001) wird die Schweiz höchstens Blaumützen für friedenserhaltende Massnahmen stellen. Kein Blauhelmbataillon mit einem Kampfauftrag würde je in ein Krisengebiet entsandt.

Ausserdem: Kein Staat hat bis heute ein Sonderabkommen abgeschlossen. Truppen werden auf freiwilliger Basis rekrutiert, auf der Grundlage von Memoranden (memorandums of understanding).

Im **Eigeninteresse** der

Bundesrat Joseph Deiss ist überzeugt: Der UNO-Beitritt ist für die Schweiz das Beste. Nur als volles Mitglied können die aussenpolitischen Interessen in der Weltgemeinschaft optimal vertreten werden. Eine erneute Absage an die UNO wäre der Welt heute schwer zu erklären.

INTERVIEW: HEIKE SCHOLTEN-REICHLIN

Herr Bundesrat Deiss: Die Schweiz hat seit vielen Jahren den Beobachterstatus in der UNO. Sie ist Mitglied in zahlreichen Unterorganisationen und leistet wertvolle Arbeit und spricht auch dort mit. Wird unsere Stimme und unsere Rolle als Mitglied aufgewertet und bedeutsamer werden?

Ohne Zweifel hat die Stimme eines Mitglieds der UNO mehr Gewicht als jene eines Beobachters. Die UNO-Generalversammlung ist Herz, Kopf und Seele des UNO-Systems. Sie befasst sich mit Friedensfragen, den Menschenrechten, der Entwicklungszusammenarbeit oder Umweltfragen. All diese Bereiche sind für die Schweiz vorrangig. Der UNO-Beitritt bringt der Schweiz das volle Rederecht sowie das Wahl- und Stimmrecht in dieser wichtigen Versammlung. Heute rennen wir von Pontius zu Pilatus, wenn wir uns in der UNO-Generalversammlung zu Wort melden wollen. Als Mitglied könnten wir einfach aufstehen und zu wichtigen Fragen Stellung beziehen. Humanitäre Fragen, Menschenrechtspolitik oder gegenwärtig die Debatte über das Klonen von Menschen könnten dazu Anlass bieten. Besonders wichtig erscheint mir, dass wir in der UNO-Generalversammlung schweizerische Eigenheiten wie das Bankgeheimnis oder unsere Drogenpolitik international besser erklären könnten.

Die Vereinten Nationen streben nach der Sicherung des Friedens und der

Zur Person

Bundesrat Joseph Deiss ist seit 1999 Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten. Zuvor war er seit 1991 CVP-Nationalrat des Kantons Freiburg. Zwischen 1973 und 1999 lehrte er als Dozent, dann Professor und Doyen an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Freiburg. Von 1993 bis 1996 bekleidete er das Amt des Eidgenössischen Preisüberwachers.

Vorherrschaft des Rechts über die Gewalt. Im Ernstfall sind die Mitglieder verpflichtet, militärische Unterstützung zu leisten. Ist ein Beitritt der Schweiz zur UNO denn überhaupt mit der Neutralität der Schweiz zu vereinbaren?
Auf jeden Fall. Wir haben die Frage sorgfältig geprüft. Es gibt eine mehrfache Sicherung:

„ Neutrale Staaten wie Österreich, Schweden, Finnland oder Irland sind UNO-Mitglied, ohne dass es deren Neutralität je geschadet hätte. „

Erstens sind alle anderen neutralen Staaten wie Österreich, Finnland, Schweden oder Irland UNO-Mitglied, ohne dass es deren Neutralität je geschadet hätte. Zweitens ist die UNO heute weltumspannend. Es kann keine Neutralität zwischen der in der UNO versammelten Weltgemeinschaft und jenen geben, die das Recht brechen. Die Neutralität wird also nicht berührt. Drittens würden wir durch den Beitritt nicht gezwungen, der UNO Truppen zu stellen und so in Konflikten aktiv zu werden. 66 UNO-Mitglieder haben das in ihrer ganzen Geschichte nie getan, ja einige haben nicht einmal eine Armee. Die Schweiz kann also ihre Engagements auch als UNO-Mitglied im Lichte ihrer Verfassung und ihrer Gesetze von Fall zu Fall prüfen. Viertens würden wir im Beitritts-gesuch unsere verfassungsmässig verankerte Neutralität erneut erwähnen. Die UNO muss sie zur Kenntnis nehmen, sonst kann sie uns nicht aufnehmen. Es gibt also eine mehrfache Sicherung für unsere Neutralität. Ich weiss deshalb: Die Schweiz bleibt als UNO-Mitglied neutral!

Wäre es nicht wirkungsvoller, wenn sich die Schweiz ausserhalb der Machtblöcke für eine friedlichere Welt einsetzen würde?

Sicher nicht. Das Gegenteil gilt: Erst als vollwertiges Mitglied können wir unsere guten Dienste voll zum Tragen bringen. Sehen Sie, internationale Politik, namentlich Friedenspoli-

itik, wird heute weitgehend in den internationalen Organisationen gemacht. Wer draussen bleibt, geht oft vergessen. Die Schweiz muss ihre erprobten guten Dienste anbieten können. Die UNO ist eine ideale Plattform dazu.

Die Schweiz leistet bereits heute einen beträchtlichen finanziellen Beitrag. Ein Beitritt käme uns noch teurer zu stehen.

Die Mehrkosten des Beitritts wären angemessen. Die Schweiz müsste als Mitglied der UNO 1,274 Prozent des regulären Budgets sowie der friedenserhaltenden Massnahmen und der Tribunale der UNO finanzieren. Das würde uns etwa 43 Mio. US\$ pro Jahr zusätzlich kosten. Diese Summe entspricht etwa 15 Prozent unserer heutigen Leistungen an das UNO-System, etwas mehr als einem Promille des Bundeshaushaltes. Die Mehrkosten würden im Finanzhaushalt des Bundes aufgefangen.

Nehmen wir an, die Initiative würde trotzdem abgelehnt werden. Welche direkten Auswirkungen hätte dies für die Schweiz?

Es entstünde damit ein grosser Erklärungsbedarf gegenüber dem Ausland, weshalb die Schweiz in einer globalen Frie-



Schweiz handeln

densorganisation wie der UNO nicht mitmachen kann. Das geweckte Unverständnis würde unserem Image im Ausland und dem internationalen Genf bestimmt nicht nützen. Wir haben in der Schweiz aber eine grosse Tradition, dass Volksentscheide akzeptiert werden. Unsere Aussenpolitik bliebe handycapiert, müsste aber auch mit einem Volks-Nein zur UNO umzugehen wissen.

Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger stimmten zuletzt 1986 über den Beitritt zur UNO ab. Aus heutiger Sicht wird das Abstimmungsergebnis als Debakel verstanden. Warum darf sich ein solches nicht wiederholen?

Das Abstimmungsergebnis 1986 war klar. Volk und Stände werden 2002 auf diesen Entscheid zurückkommen können.

Ich gehe davon aus, dass sich seit 1986 die Welt, die UNO und auch die Schweiz verändert haben.

Sie setzen sich persönlich sehr stark für den UNO-Beitritt ein. Was ist Ihre Motivation?

Ich habe mir vorgenommen, als Aussenminister die Interessen der Schweiz optimal zu vertreten. Ich stellte fest, dass dies in vielen Bereichen nur gelingen kann, wenn man mit vollen Rechten in internationalen Organisationen mitwirken kann. Im Vordergrund steht die UNO. Der UNO-Beitritt hat Priorität.

Wenn wir unsere Positionen zum Beispiel im Bereich Finanzplatz weltweit darstellen wollen, wenn wir mit Nachdruck die Menschenrechte verteidigen wollen, wenn wir eine Führungsrolle in humanitären Themen beanspruchen und wenn wir in geeigneten Fällen mit guten Diensten einen Beitrag zum Weltfrieden leisten wollen, dann ist der UNO-Beitritt unabdingbar. Kurz gesagt: Ich

engagiere mich voll für den UNO-Beitritt, weil ich davon überzeugt bin, dass es für unser Land das Beste ist. 



Im Dialog mit der Wirtschaft gemeinsam besser leben

Längst sind wirtschaftliche Themen auf der Agenda der UNO. Auf vielfältige Weise befasst sich die Weltorganisation mit ökonomischen Fragen und nimmt damit auch direkten Einfluss auf das Geschehen. Dabei folgt sie dem Grundsatz, die Wirtschaft könne im komplexen Gefüge des sozialen und politischen Lebens nicht nur aus reinem Nutzenkalkül handeln.

HEIKE SCHOLTEN-REICHLIN

Der Weg von der internationalen zur globalen Welt stellt politische und ökonomische Akteure vor neue Herausforderungen. Damit von den Vorteilen der Globalisierung nicht nur ein Teil der Welt profitiert, müssen alte Traditionen über Bord geworfen werden. Die Antwort der UNO lautet: Weder Politik noch Wirtschaft können dieser Herausforderung im Alleingang begegnen. Die Welt gemeinsam besser lenken heisst heute, verschiedenen Akteuren eine grössere Beteiligung bei der Steuerung der Globalisierung zu ermöglichen – also den Bereich des öffentlichen Sektors für Organisationen der Zivilgesellschaft und den Wirtschaftsunternehmen, verbunden mit einer Rechenschaftspflicht, zu öffnen.

Globale Unternehmen sind Weltbürger

Die global tätigen Unternehmen nehmen in dieser Konstellation einen wichtigen Platz ein. Mehr als andere haben sie bei der Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes mitgewirkt, internationale Übereinkünfte und einzelstaatliche Politiken haben den Boden dafür geebnet. Globalisierung hört aber nicht beim Aufbau grösserer Märkte auf. Deshalb sind die Vereinten Nationen der Auffassung, dass die erweiterten Rechte auf eine weltum-

spannende Unternehmenstätigkeit um ein grösseres Mass an Verantwortung ergänzt werden müssen, dass die internationalen Konzerne ihre Rolle als Weltbürger akzeptieren lernen. Dieser Schritt ist wichtig. Zum einen, weil Staaten und Volkswirtschaften langfristig nur optimal funktionieren, wenn ihnen eine gemeinsame Wertordnung zugrunde liegt. Ohne diese Werte, so die Überzeugung der Vereinten Nationen, bleiben die freien Märkte fragil. Zum anderen, weil alle Länder – insbesondere auch die ärmeren – von der Liberalisierung des Welthandels profitieren sollen.

Bündnis mit der Wirtschaft

Vor diesem Hintergrund und wegen der wachsenden Opposition gegen die Globalisierung hat der Generalsekretär der UNO, Kofi Annan, den «Globalen Pakt» («Global Compact») zwischen den Vereinten Nationen, der globalen Privatwirtschaft und den Nichtregierungsorganisationen (NGO) angeregt, erstmals 1999 am Weltwirtschaftsforum in Davos. Annan forderte die führenden Wirtschaftsvertreter auf, gemeinsam die sozialen und ökologischen Säulen zu bilden, auf denen der (globale) Markt beruhen muss, will

dieser stabil bleiben und sich weiterentwickeln. Die Initiative wurde positiv aufgenommen. Nach einer Vorbereitungszeit von rund anderthalb Jahren gab der UNO-Generalsekretär am 26. Juli 2000 den Startschuss für das Projekt. Topmanager der führenden 50 Unternehmen, Gewerkschafts-, Menschenrechts- und Umweltvertreter/-innen sowie Vertreter/-innen zahlreicher Entwicklungsorganisationen einigten sich, im Rahmen des Paktes zusammenzuarbeiten. Darunter auch der Schweizer Pharmakonzern Novartis, die beiden Grossbanken UBS und Credit Suisse sowie die ABB.

Dialog und Transparenz

Der «Global Compact» basiert auf Werten und Normen und ist als Plattform zur Förderung des Lernens von und in Organisationen zu verstehen. Ein hohes Mass an Transparenz und der kontinuierliche Dialog werden zur Erkennung und Verbreitung der «guten Praktiken» («good practise») genutzt. Diese beruhen auf neun universalen Grundsätzen in den Bereichen Menschenrechte, Arbeitsbedingungen und Gesundheit sowie Sicherheit und Umweltschutz (siehe Kasten). Abgeleitet wurden die Grundsätze aus der Allgemeinen Er-

Die neun Grundsätze des Global Compact

Menschenrechte

- 1 Die Wirtschaft soll den Schutz der international gültigen Menschenrechte unterstützen und achten und
- 2 sicherstellen, dass sie sich nicht an Menschenrechtsverletzungen beteiligt.

Arbeitsbeziehungen

- 3 Die Wirtschaft soll die Vereinigungsfreiheit und die wirksame Anerkennung des Rechts auf Tarifverhandlungen wahren sowie ferner für
 - 1 die Beseitigung aller Formen der Zwangs- oder Pflichtarbeit,
 - 5 die tatsächliche Abschaffung der Kinderarbeit und
 - 6 die Beseitigung von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf eintreten.

Umwelt

- 7 Die Wirtschaft soll umsichtig mit ökologischen Herausforderungen umgehen,
- 8 Initiativen zur Förderung eines verantwortlicheren Umgangs mit der Umwelt ergreifen und
- 9 sich für die Entwicklung und Verbreitung umweltfreundlicher Technologien einsetzen.

schaft: Die Welt nken

klärung der Menschenrechte, den von der Internationalen Arbeitsorganisation verabschiedeten grundlegenden Prinzipien und Rechten bei der Arbeit sowie aus den Umwelt- und Entwicklungsgrundsätzen von Rio. Wirtschaftsunternehmen und NGO werden aufgefordert, ihr Handeln an diesen Normen auszurichten. Auf freiwilliger Basis soll der globale Pakt die «guten» Werte fördern. Ziel ist, dass die Grundsätze des Paktes zum integralen Bestandteil von Unternehmensstrategien und -praktiken werden.

Einige Unternehmen haben damit bereits begonnen: Der Pharmakonzern Novartis ist seit Sommer 2000 formal engagiert und bekennt sich zur vollumfänglichen Unterstützung der neun Grundsätze. «Die Richtlinien spiegeln die sozialen Ziele der Konzernstrategie wider und entsprechen dem Firmengrundsatz, nachdem alle geschäftlichen Aktivitäten verantwortungsbewusst gehandhabt werden müssen», so Daniel Vasella. In jeder Hinsicht will Novartis ein «guter Bürger» sein. Ob dies der Fall ist, wird durch interne und externe Kontrollverfahren überprüft. Über Erfolg und Misserfolg bei der Umsetzung der Prinzipien wird jährlich Rechenschaft abgelegt. «Auch die UBS als einer der führenden globalen Finanzdienstleistungskonzerne ist sich seiner Verantwortung gegenüber allen Anspruchsgruppen bewusst», sagt Marcel Ospel. Aus der Überzeugung heraus, der «Global Compact» trage nicht nur zur Verwirklichung seiner gesetzten Ziele bei, sondern schaffe auch einen Mehrwert für die eigene Organisation, bekennt sich die Grossbank zu der UNO-Initiative.

Mehrwert für die Wirtschaft

Das interdisziplinäre Forum bietet den international führenden Wirtschaftsunternehmen die Möglichkeit, von ihrer Führungsfunktion auch im unternehmerischen Eigeninteresse Gebrauch zu machen. Doch entlastet der Pakt die «global players» nicht, darüber hinausgehende Projekte aufzugleisen. Verschiedene Aktivitäten, wie z. B. die Gründung der Novar-



FOTO: RODRIGUEZ/AP

„ ... wir sollten uns dafür entscheiden, die Kraft der Märkte und die Autorität gültiger Ideale miteinander zu vereinen. Entscheiden wir uns dafür, einen Ausgleich herzustellen zwischen den schöpferischen Kräften des privaten Unternehmertums, den Bedürfnissen der Benachteiligten und den Erfordernissen künftiger Generationen. „

KOFI ANNAN, GENERALSEKRETÄR DER UNO

tis-Stiftung für nachhaltige Entwicklung, die finanzielle Unterstützung für Organisationen wie UNICEF (UBS) oder aber auch die Implementation von Umweltmanagementsystemen bei Banken (UBS und Credit Suisse) zeigen, dass die Formel «Human rights is not the business of business» bereits vor der Lancierung der UNO-Initiative Schnee von gestern war. Die grosse Herausforderung des Global Compact liegt darin, Synergien aus den zahlreichen und weltweit bereits laufenden Projekten zu schöpfen und – wie Ospel bemerkt – «die Unternehmen verbindlich zur Einhaltung von sozialen Normen zu verpflichten und damit einen internationalen Mindeststandard zu gewährleisten».

Die Vereinten Nationen als Moderator

Die UNO selbst übernimmt die vermittelnde Funktion im Dialog zwischen Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik. Sie ist die globale Institution, die sich in einer guten Position befindet, um im Querschnitt durch ihre verschiedenen Aufgabenbereiche solche «Koalitionen für den Wandel» zu fördern. Vom Engagement der beteiligten Unternehmen erhofft sich die Weltgemeinschaft, dass die bisher beteiligten Akteure als Vorbild für andere gelten und sich die formulierten Grundsätze Schritt für Schritt weltweit in der Wirtschafts- und Finanzwelt durchsetzen werden.



Feuerwehr im Einsatz

Die UNO setzt globale Masstäbe und Normen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Menschenrechte, Demokratie, Sicherheit und Frieden.

BRUNO SCHLÄPPI

Die Menschheit kann nur bestehen, wenn Macht und Gewalt des Stärkeren durch Recht, Chancengleichheit und soziale Sicherheit abgelöst und Armut, soziale Gegensätze, Unterernährung und Krankheiten weitgehend überwunden werden können. Wenn den natürlichen Lebensgrundlagen, wenn dem Planeten Erde Sorge getragen wird – also das gelebt wird, was die UNO-Charta zum Ziel hat und was die Satzung der Vereinten Nationen den Völkern zur Pflicht macht.

Noch ist die UNO zwar weit von ihrer Vision einer gerechten und friedlichen Welt ohne Krieg und Unterdrückung entfernt. Noch ist der Weg zur globalen Anerkennung der Grundwerte als Gegengewicht zur ökonomischen Globalisierung weit. Und doch ist die UNO die einzige universelle Organisation, die nachhaltig Grundregeln für eine bessere Welt erarbeiten und durchsetzen kann.

Die UNO ist, auf den einfachsten Nenner gebracht, die Feuerwehr der Menschheit, das Forum, in dem die Völker ihre Probleme trotz unterschiedlichen Interessen beraten

und Konflikte bereinigen können. Die UNO und ihre Unterorganisationen stellen die Mittel und den Apparat zur Verfügung. Sie arbeiten daran, den negativen Auswirkungen der Globalisierung mit wirksamen Instrumenten zu begegnen und soziale Mindeststandards für die Arbeitswelt und die Volkswirtschaften durchzusetzen. Auch ist es ihr Ziel, für alle Staaten, Industrie- und Entwicklungsländer, faire Regeln für den globalen Marktzugang durchzusetzen.

Probleme anpacken

Armut, Arbeitslosigkeit, Drogenhandel, Kinderarbeit, globale Umweltschäden, soziales und wirtschaftliches Ungleichgewicht, das gewaltige Flüchtlingsströme auslöst, sind Probleme, die im Schosse der UNO einer Lösung zugeführt werden. Auch wenn sich in der Geschichte der Vereinten Nationen Erfolge und Misserfolge abwechseln; die UNO ist die einzige Verhandlungsplattform, die alle Staaten der Welt an einen Tisch bringt. So hat sie den Terrorismus bereits früh thematisiert: Von den zwölf Konventionen im Bereich Terrorismus hat auch die Schweiz bereits zehn ratifiziert. Den ärmsten und ärmeren Ländern stehen die UNO

und ihre Unterorganisationen UNCTAD, UNIDO und ILO bei. Dort werden die Grundlagen für den Aufbau von Volkswirtschaften geschaffen: Ihre Aufgabe ist es, ein gutes Investitionsklima zu ermöglichen, sie halten die Regierungen zu einer «good governance» an, wachen darüber, dass die Entwicklungshilfe funktioniert, dass Kinder nicht ausgebeutet werden, dass die Menschenrechte und minimale soziale Standards und der Schutz am Arbeitsplatz für die Arbeitnehmer eingehalten werden.

Auch die Wirtschaft anerkennt die Arbeit der UNO in zunehmendem Masse. Vor allem die «global players» haben sich bereit erklärt, bei der wirtschaftlichen Aufbauhilfe in Entwicklungs- und Schwellenländern Unterstützung zu leisten und das soziale und ökonomische Regelwerk einzuhalten. Der freie Handel schätzt die Aktivitäten der UNO gegen die internationale Kriminalität, dass sie Organ für die Bekämpfung des Terrors, des Drogen- und Waffenhandels, des Menschenhandels, der Internetkriminalität und der Geldwäscherei ist. 1996 setzte die 51. Generalversammlung mit ihrer Resolution gegen die weltweite Korruption ein Signal. Und schon 1988 leitete die Wiener Konvention gegen den unerlaubten Verkehr mit Betäubungsmitteln die Arbeiten zum umfassendsten Massnahmenkatalog gegen die Geldwäscherei ein. 

UNO-Unterorganisationen

FAO	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation
IDA	Internationale Entwicklungsorganisation
ILO	Internationale Arbeitsorganisation
UNCTAD	Konferenz für Handel und Entwicklung
UNDP	Entwicklungsprogramm
UNEP	Umweltprogramm
UNESCO	Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
UNHCR	Hochkommissariat für Flüchtlinge
UNICEF	Kinderhilfswerk
UNIFEM	Entwicklungsfonds für die Frau
UNIDO	Organisation für Industrielle Entwicklung
WHO	Weltgesundheitsorganisation

Unterstützung

UNESCO, UNICEF, UNIFEM und ILO sind wichtige Organisationen im Dienst von Frau und Kind. So hat es sich beispielsweise der Frauenfonds zur Aufgabe gemacht, weltweit für die Gleichstellung der Frau einzutreten. In Entwicklungsländern werden Frauen in verschiedenen Projekten geschult; im Bereich der Landwirtschaft werden sie z.B. mit neuen Anbaupraktiken vertraut gemacht.

Vor allem aber sind die Kinder schutzbedürftig: In vielen Konfliktgebieten werden sie für den Kriegsdienst missbraucht, in armen Ländern zu Arbeit gezwungen, und die Voraussetzungen für eine obligatorische Schulbildung sind oft beschränkt. Hier greifen die UNO-Unterorganisationen ein. Tagtäglich sind sie im Einsatz gegen

Kriegseinsätze von Kindern. Die ILO stellt Normen zur Eindämmung von Kinderarbeit auf, die UNESCO fördert weltweit die Ausbildung von Kindern und Erwachsenen; UNICEF arbeitet daran, den Lebensstandard von Familien generell zu heben, kümmert sich um Strassenkinder und unterstützt Sanierungsprogramme in Armensiedlungen. Und der WHO ist es gelungen, Pocken und Kinderlähmung praktisch auszurotten. Heute führt sie einen beinahe aussichtslosen Kampf gegen Aids, vor allem im südlichen Afrika.

Armut erfolgreich bekämpfen

Es ist das Verdienst der Vereinten Nationen, dass seit dem Ende des 2. Weltkrieges das Durchschnittsalter von 44 auf 65 Jahre

für die Menschheit

Die Schweiz – aktiv in der UNO

Als Nichtmitglied der Kern-UNO leistet die Schweiz bereits Beträchtliches:

- Die finanzielle Beteiligung der Schweiz rangiert an 13. Stelle.
- Die Schweiz stellte der Abrüstungskonferenz in Genf Experten zur Verfügung.
- Schweizer Völkerrechtsexperten waren massgeblich an der Anti-Folter-Konvention und am Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofes beteiligt.
- Die Schweiz ist und war aktiv in der Friedens- und Konfliktvermittlung (z.B. Westsahara, Kaukasus, Balkan).
- Für die Überwachung der Menschenrechte stellt die Schweiz Beobachter.
- Die Schweiz leistet namhafte Beiträge an die Hilfsprogramme der UNO (Entwicklungshilfe, humanitäre Hilfe, Katastropheneinsätze).
- Die Schweiz gehört zu den aktivsten Mitgliedern in den Spezialorganisationen. Rund zwei Drittel der UNO-Abkommen und -Konventionen hat die Schweiz inzwischen ratifiziert.

Herausforderung im 21. Jahrhundert: Global denken – lokal handeln.

für Frauen und Kinder

erhöht, die Kindersterblichkeit halbiert und für rund 90 Prozent der Menschheit der Zugang zu Bildung und Trinkwasser gesichert werden konnten. Dagegen stagnieren die Anstrengungen in den ärmsten Ländern, die Ernährungsgrundlagen zu verbessern.

Auch den globalen Umweltrisiken versucht die UNO mit nachhaltigen Programmen Herr zu werden. Das Umweltprogramm UNEP arbeitet an der Durchsetzung globaler Normen zum Schutz der Umwelt. Doch sind die getroffenen Abkommen – gegen den Treibhauseffekt, gegen den Verlust der Artenvielfalt, die Bodenerosion und Wüstenbildung, gegen den Abbau der Ozonschicht und die Verknappung des Trinkwassers – noch nicht von allen Staaten anerkannt worden.

Die Entwicklungshilfe wird zum grössten Teil von UNO-Organisationen koordiniert und bestritten. Sehr wichtig ist hier die humanitäre Hilfe in Krisen- und Konfliktgebieten, z.B. im Kosovo und in Osttimor. Dort sind es die Helfer und Berater der UNO, die den Neuaufbau der Zivilgesellschaft aktiv gestalten. Aber auch die Katastrophenhilfe in Hungergebieten wie im Südsudan sind wichtige Missionen.

Auf Unterstützung angewiesen

Bei ihrer Arbeit ist die UNO auch auf die zahlreichen unter dem Kürzel NGO bekannten Organisationen angewiesen. Viele Nichtregierungsorganisationen haben ihren Sitz in Genf, und mehrheitlich sind es kirchliche Organisationen und

Hilfswerke. Vor allem sind es die Aber-tausenden freiwilligen Helfer der Caritas International, der Lutheraner oder von Pax Romana, die neben ihrer Arbeit in der Entwicklungs- und Katastrophenhilfe auch das Menschenrechtsmonitoring für die UNO ausüben.

Die UNO kann Kriege nicht verhindern. Doch sie ist die einzige von den Völkern legitimierte Ordnungsmacht, die den Menschenrechten zum Durchbruch verhelfen, das Völkerrecht stärken und Frieden und Sicherheit garantieren kann. Die Bilanz seit Anfang der 90er-Jahre ist positiv: Der UNO ist es gelungen, doppelt so viele Kriege und Konflikte wie in all den Jahren zuvor einzudämmen und weiteres Blutvergiessen zu verhindern. 

Damit wir **unsere** besser vertreten

Ja zum UNO-Beitritt**DIE WELT UND DIE UNO HABEN SICH GEWANDELT**

Seit 1986 hat sich die Welt stark verändert. Der Kalte Krieg ist vorbei, die Weltwirtschaft globalisiert. Demokratische

Strukturen sind weltweit auf dem Vormarsch. Doch nicht nur die Chancen sind global, auch die Gefahren. Die UNO nimmt sich dieser Herausforderungen an und sucht weltweit nach Lösungen. Die Entwicklungen auf der Welt verlangten auch in der Schweiz Veränderungen. Sie zeigen, dass wir uns von der Welt nicht abkoppeln können, dass wir im Gegenteil immer stärker mit der übrigen Welt verbunden sind und viele Lösungen nur gemeinsam gefunden werden können.

EINE SELBSTBEWUSSTE SCHWEIZ VERTRITT IHRE INTERESSEN

Aussenpolitik heisst Wahrung unserer schweizerischen Interessen. Darum ist es wichtig, dass die Schweiz auf dieser Welt dort mitredet und mitentscheidet, wo weit reichende Beschlüsse gefällt werden – Beschlüsse, die auch jeden Einzelnen in der Schweiz treffen. Wir können unsere Stärken ausspielen und taugliche Lösungen präsentieren. Dies geht nur als Vollmitglied der UNO.

MITBESTIMMEN STATT NUR MITBEZAHLEN

Die Schweiz bezahlt unter verschiedenen Titeln jährlich etwa 470 Mio. Franken an die UNO und deren Spezialorganisationen. Auf das volle Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht als Gegenleistung verzichten wir bislang freiwillig und geben uns mit dem Beobachterstatus zufrieden. Diese Stellung beruht weitgehend auf ungeschriebenen Regeln. Das widerspricht unserer direktdemokratischen Tradition.

WELTWEITE DISKUSSIONS-PLATTFORM NUTZEN

Es gibt in dieser Welt nur eine einzige Organisation, die alle Themen behandeln kann und alle Länder der Welt vereint. Auf dieser einzigartigen Diskussionsplattform oder Welt-Landsgemeinde fehlt nur die Schweiz. Unser Land gehört aber dorthin, wo die Probleme und Chancen der ganzen Welt diskutiert werden, wo Themen wie Frieden, Umwelt, Kinder, Frauen, Gesundheit und Bildung, wirtschaftliche Hilfe, Flüchtlinge usw. besprochen werden und nach Lösungen gesucht wird. Die Schweiz hat auf dieser Weltbühne etwas zu sagen.

WIR PROFITIEREN DIREKT VON EINER STABILEN WELT

Die Schweiz erzielt jeden zweiten Franken Einkommen im Ausland. Die internationale Grosswetterlage beeinflusst unseren Wohlstand. Die Schweiz – und die Schweizer Wirtschaft – sind an stabilen demokratischen Verhältnissen sowie an Wohlstand und Sicherheit in der ganzen Welt interessiert. Dies fördert letztlich die Exportchancen unserer Wirtschaft. Die UNO trägt durch ihre Leistungen im Entwicklungsbereich und in der Menschenrechtspolitik zur Stabilität bei und verbessert Bildungsstand, Gesundheit und Ernährung der Bevölkerung.

DER BEITRITT SICHERT DEN UNO-STANDORT GENÈVE

Genève ist nach New York die zweitwichtigste UNO-Stadt der Welt. In Genève hängt jeder zehnte Arbeitsplatz von der Präsenz der internationalen Organisationen ab. Handel, Hotellerie, Gewerbe und Dienstleistungsbetriebe in Genève erwirtschaften aus dem internationalen Sektor jedes Jahr



Interessen können

ungefähr 3 Mrd. Franken. Ein Beitritt der Schweiz stärkt die Position Genfs in der UNO. Denn auch auf dem internationalen Parkett ist die Konkurrenz gross.

DER BEITRITT ZUR UNO STÄRKT UNSERE GUTEN DIENSTE

Die Schweiz hat eine lange Tradition der guten Dienste, eines der wichtigsten Instrumente zur friedlichen Beilegung von internationalen Konflikten. Wir können unsere guten Dienste – Konfliktverhinderung, Friedensgipfel, Übernahme von diplomatischen Vertretungen usw. – aber nur dann wieder vollwertig anbieten, wenn sie in das gesamte Netz der internationalen Diplomatie eingebunden sind.

UNSERE SOLIDARITÄT STÄRKT DIE UNO

Einen Himmel auf Erden gibt es nicht. Die UNO ist zwar keine vollkommene Organisation, trotzdem überwiegen die Erfolge; sie rechtfertigen, dass wir der UNO als Vollmitglied beitreten und unsere Solidarität mit der Staatenwelt beweisen. Die UNO ist die einzige Organisation, die sich unter Beteiligung aller Länder dieser Welt für mehr Sicherheit und Gerechtigkeit einsetzt.

UNSER MODELL DER NEUTRALITÄT BESSER DARLEGEN

Die Vereinten Nationen streben nach der Sicherung des Friedens und der Vorherrschaft des Rechts über die Gewalt. Während die Schweiz dazu die bewaffnete und dauernde Neutralität wählte, propagiert die UNO das System der kollektiven Sicherheit; beide verfolgen die glei-

chen Ziele. Neutralität bedeutet, in einem bewaffneten Konflikt zwischen zwei Ländern nicht für eine der beiden Parteien Stellung zu beziehen. Ein Konflikt zwischen der UNO und einem Mitglied aber ist ein Konflikt zwischen der Staatengemeinschaft und einem Rechtsbrecher.

ZUSAMMENARBEIT SOLL NUN FRÜCHTE TRAGEN

Die Schweiz nimmt seit 1948 den Beobachterstatus ein. Sie verfolgt die Arbeiten der UNO und erhält die entsprechenden Dokumentationen. In der UNO-Generalversammlung, dem obersten Gremium der Vereinten Nationen, hat jedes Land eine Stimme und verfügt über gleich viele Sitzplätze. Von dieser starken Stellung der kleinen Staaten in der UNO kann als Vollmitglied auch die Schweiz profitieren.

DIE SCHWEIZ PROFITIERT VOM BEITRITT ZUR UNO

Kleinstaat wie die Schweiz sind auf Verhandlungen und auf das Völkerrecht angewiesen. Die UNO mit dem Prinzip Gleichbehandlung aller Länder ist geradezu für die Kleinstaat geschaffen, denn das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist das zentrale Prinzip der Organisation. Die UNO gehört weltweit zu den bedeutendsten Auftraggebern. Kern-UNO und Spezialorganisationen beschaffen jährlich für über 4,5 Mrd. Franken Waren und Dienstleistungen. Die Schweiz gehört mit einem Anteil von 4 Prozent zu den Top Ten der Lieferanten.



EIN ANGEMESSENER VEREINSBEITRAG

Der Beitritt zur UNO kostet die Schweiz 43 Mio. US-Dollar oder – abhängig vom Wechselkurs – rund 70 Mio. Franken. Die zusätzlichen Ausgaben, die durch eine Vollmitgliedschaft auf die Schweiz zukommen würden, werden intern kompensiert und führen nicht zur Erhöhung des Staatshaushaltes.

Am 3. März 2002 werden die Schweizer Bürgerinnen und Bürger an der Urne über die überparteiliche Volksinitiative «für den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO)» entscheiden. Die breite Befürworterfront aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport und Kirchen zeigt: **Die Zeit für den Beitritt ist reif!**

Das überparteiliche Aktionskomitee «JA zum UNO-Beitritt» umfasst mehr als 200 Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Das Komitee sagt «Ja» zum Beitritt, weil das Verhältnis zwischen der Schweiz und den Vereinten Nationen auf einer bewährten Partnerschaft beruht. Mehr dazu:

www.schweiz-uno.ch

Schweiz – UNO

bewährte Partnerschaft

Alle neutralen Länder sind UNO-Mitglieder.

Auch die Schweiz kann neutral beitreten und als stimmberechtigtes Vollmitglied neutral bleiben.

JA

www.schweiz-uno.ch

Aktionskomitee «JA zum UNO-Beitritt» · Postfach, 3001 Bern
 Co-Präsidium, Mitglieder des National-/Ständerates: Christine Beerli (FDP/BE), Christiane Brunner (SP/GE), Lisbeth Fehr (SVP/ZH), Erika Forster (FDP/SG), Bruno Frick (CVP/SZ), Brigitta Gadiant (SVP/GR), Remo Gysin (SP/BS), Pia Hollenstein (GP/SG), Hans Lauri (SVP/BE), Hans-Rudolf Merz (FDP/AR), Vreni Müller-Hemmi (SP/ZH), Ulrich Siegrist (SVP/AG), Heiner Studer (EVP/AG), Rosmarie Zapfl (CVP/ZH)

Ein bürgerlich-konservatives Komitee «Ja zur Schweiz – Ja zur UNO» hat sich in Luzern gebildet. Die Komiteemitglieder sind der Meinung, dass der UNO-Beitritt heute zu einer starken, selbstbewussten und souveränen Schweiz passt. Mehr dazu: www.schweiz-ja-uno.ch



Unabhängigkeit wahren, aus Stärke mitwirken, stolz und selbstbewusst.

Für unsere Interessen kämpfen, da wo die ganze Welt entscheidet.

Wir sind und bleiben neutral. Wie andere neutrale Staaten in der UNO auch.

Heute bringt es nichts mehr, auf unser Mitspracherecht in der UNO zu verzichten.

JA zur Schweiz • JA zur UNO

Co-Präsidium: Karl Tschuppert, Nationalrat FDP; Maximilian Reimann, Ständerat SVP; Toni Eberhard, Nationalrat CVP; Ulrich Fischer, Nationalrat FDP; Heinrich Estermann, Nationalrat CVP; Postfach · 6010 Kriens 2 · PC-Konto 60-771089-8